

nach dem Kriege auch nach außen restaurierte Stephan-Reich unter einer Dynastie Horthy krönen und damit in seiner alten Pracht vollenden« (S. 68). Historisch läßt sich das Ganze nur aus dem — die Realitäten bei einem »Totalsieg« Hitlers in Europa völlig außer Acht lassenden — Ungarn-zentrischen Geschichtsbild Horthys »verstehen«.

Im Anhang veröffentlicht Lehmann aus seinem umfangreichen Quellenmaterial acht besonders aufschlußreiche Stücke, von denen die aus dem Ungarischen Staatsarchiv in Budapest stammende Niederschrift des Fürstprimas von Ungarn Serédi vom November 1942 wohl die aufschlußreichste ist. Sicher wird die Diskussion über Horthys dynastische Pläne mit dieser Studie nicht abgeschlossen sein. Sie kann sich jedoch — im Unterschied zu früher — nunmehr auf eine feste Basis stützen. Diese geschaffen zu haben, ist das große Verdienst dieser Studie.

Andreas Hillgruber

Köln

UNGARN SEIT 1945

Szakács, Sándor: *A nagyigmándi Jókai termelőszövetkezet története* [Die Geschichte der Produktionsgenossenschaft Jókai in Nagyigmánd], in: *Agrártörténeti Szemle* 17(1975) S. 54—128.

Der Verf. gibt einen, vor allem zahlenmäßig sehr detaillierten, durch Tabellen und graphische Darstellungen gestützten Überblick über die Zeit von 1957 bis 1971. Der erste Abschnitt reicht bis zur Mitte der 60er Jahre, er diente der Schaffung der Grundlagen, im zweiten Abschnitt bis Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entstand der tatsächliche Großbetrieb, die folgende Phase ist durch die Zusammenarbeit mit anderen Betrieben, auch im westlichen Ausland, gekennzeichnet. Der Verf. geht von der Lage vor der Kollektivierung aus: Ursprünglich stark religiös bestimmte Gemeinde, die trotz unterschiedlicher Besitzverhältnisse kaum Klassengegensätze kennt. Rund 250 Familien werden Mitglieder, sie bringen nur das eigene Land ein, im Durchschnitt 8 kj, nur sehr wenige sind landlos. In den ersten eineinhalb Jahren werden Schwierigkeiten vor allem durch die Fluktuation und durch die Arbeitsorganisation verursacht; zunächst abgelehnt, wird dann die Familienarbeit doch als Grundlage angenommen. Trotz eines starken Produktions- und Einkommensrückgangs wurden doch viele Grundlagen geschaffen (Bauten, Viehbestand). Ab 1963 bis 1964/1965 werden laufend steigende Ergebnisse erzielt, da die Mitarbeiter mehr Initiative entfalten, die Leitung über mehr Erfahrungen verfügt, und die Erfolge einen Anreiz bieten. Erst allmählich erfolgte die Umstellung von der bisherigen, im einzelbäuerlichen Betrieb erzeugten Produktion auf neue Zweige (Viehzucht, Brathühner, Kükenaufzucht), bis Mitte der 60er Jahre herrschte auch die traditionelle Handarbeit vor, nur die Bodenarbeiten waren mechanisiert. Besonders interessant sind folgende Tatsachen: Die Arbeitskräftezahl hat sich nicht wesentlich verändert, aber die Alten nahmen dabei von einem Drittel auf etwa zwei Fünftel

zu; bei einem Anstieg der Arbeitskräftezahl um 25 % konnte die Erzeugung auf das Achtfache gesteigert werden; 1970 entspricht die Zahl der Angestellten etwa der der Mitglieder; der Anteil der nichtwirtschaftlichen Nebenbetriebe am Ertrag stieg von 5 % auf 30 %. In diesem Zusammenhang ist auf die Zusammenarbeit mit den Ungarischen Optischen Werken hinzuweisen, die 53 Frauen Beschäftigung gab (1970), welche in der Spitzenzeit in der Landwirtschaft mitarbeiteten. Dieser Beitrag zeigt an einem günstigen Einzelbeispiel, wie es gelang, die ungarische Landwirtschaft im letzten Jahrzehnt aus der Stagnation herauszuführen.

Helmut Klocke

München

Steinbach, Antal: *Az állami gazdaságok konszolidációjának első évei (1957—1959)* [Die ersten Jahre der Konsolidierung der Staatsgüter (1957—1959)] in: *Agrártörténeti Szemle* 17(1975) S. 504—533.

Diese Abhandlung gehört zur Zeitgeschichte und stellt damit die grundsätzliche Frage, ob der historische Abstand schon groß genug ist, um eine objektive Darstellung zu schreiben. Die Staatsgüter werden im Rahmen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gesehen: Ab 1957 wurden Landwirtschaft und Leichtindustrie mehr gefördert als bisher. Mit diesem Jahre setzte auch die organisatorische Zusammenfassung (abgeschlossen 1959) der bisher unter 11 Ministerien verteilten Staatsgüter unter die Hauptdirektion der Staatsgüter ein. Ab 1957 erfolgte auch der Übergang zur intensiven Bewirtschaftung; die Direktoren erhielten mehr freie Hand als bisher; zugleich wurde ein neues Preissystem auf Selbstkostenbasis eingeführt, ab 1958 galt das allgemeine Preissystem auch für die Staatsgüter. Geschildert werden die Bestrebungen und Erfolge, den Landesdurchschnitt auch in den Flächenerträgen der Hackfrüchte zu erreichen und das hohe Defizit abzubauen, die Umstellung auf stärkere Viehwirtschaft und auf Spezialisierung, sowie die Zusammenlegung kleinerer Betriebseinheiten. Im Endergebnis trat eine gewisse Stabilisierung ein, allerdings bei immer noch hohen Kosten. Noch waren Modernisierung und Mechanisierung in der Viehwirtschaft nicht durchgeführt und die Futtermittelschwendung war noch nicht beendet. Durch viele Tabellen werden die quantitativen Angaben gestützt.

Helmut Klocke

Pöcking

Hollós, Erwin; Vera Lajtai: *Köztársaság tér 1956* [Der Republik-Platz 1956] Budapest: Kossuth Kiadó 1974. 323 S.

Das in einer Auflage von 40.000 Exemplaren veröffentlichte Buch behandelt die Belagerung und die Einnahme des Budapester Parteihauses und die darauf folgende »Volksjustiz« am 30. Oktober 1956 während der ungarischen Revolution. Das Werk ist eine Schande für die sonst wertvolle und objektive ungarische Geschichtsschreibung. Die Autoren stellten sich zur Aufgabe, die Partei, die ÁVH (Behörde zur Staatssicherheit, das ungarische KGB) von den unbeschreibbaren Grausamkeiten reinzuwaschen und die Aufständischen in Verruf zu bringen. Dabei verstoßen sie gegen das Grundprinzip der

»sozialistischen« Geschichtsschreibung, den Historismus. Sie unterlassen es nämlich, die Lynchjustiz vor dem Parteihaus mit den vorangehenden Ereignissen in Verbindung zu bringen. Die Belagerung, der Kampf und die »Volksjustiz« kosteten 25 Menschenleben (S. 7) fünf Tage vorher, am 25. Oktober, haben aber die ÁVH-Leute während einiger Minuten vor dem Parlamentsgebäude rund 300 friedlich demonstrierende Jugendliche erschossen und noch mehr verwundet. Dieser Fall war nur einer der vielen Massenmorde, welche die politische Polizei beging. Die Ereignisse vor und im Parteihaus ohne die historischen Zusammenhänge zu schildern, ist völlig unrichtig, einseitig, irreführend und auch undialektisch. Die Grausamkeiten des ÁVH und des ganzen früheren Regimes werden öfters erwähnt, sogar betont, die Autoren geben aber nur indirekt und nebenbei zu, daß dies auf die Lynchjustiz doch eine gewisse Auswirkung haben konnte (Vgl. S. 40, 207).

Die Verf. wollen in den Ereignissen vor und im Parteihaus nicht die Wut der Volksmassen gegen die ÁVH sehen, sondern alles auf eine vorher sorgfältig geplante und gründlich vorbereitete Aktion zurückführen (S. 21 ff., S. 92, 139). Sie lehnen die Behauptung Gosztonys ab (S. 35), wonach der Angriff auf das Budapester Parteizentrum der sich dort eingekerkerten ÁVH galt [Gosztony, Peter: *Az ÁVH és a magyar forradalom. Tanulmányok a magyar forradalomról* (Die ÁVH und die ungarische Revolution. Beiträge zur ungarischen Revolution. München 1966), S. 82–83]. Im Buch wird immer über Parteileute und Soldaten geschrieben, eventuell auch über Ordnungstruppen, die im Parteihaus einquartiert waren, ohne zu erwähnen, daß es sich dabei um ÁVH-Leute gehandelt hat (z. B. S. 16). Es wird sogar behauptet: »Im Parteihaus waren nur Parteiarbeiter und Soldaten.« (S. 25). Nur nebenbei gestehen die Autoren zu, daß 2 ÁVH-Offiziere, 6 Unteroffiziere und etwa 40 ÁVH-Soldaten im Parteihaus eingetroffen sind (S. 44). Da aber die Regierung am 29. Oktober die ÁVH auflöste, ließ die Parteiführung den ÁVH-Leuten Polizeiuniformen geben (S. 66).

Bis Oktober 1956 hatten die »Politfunktionäre« des Parteiapparates das Recht, Waffen »zur Verteidigung« zu tragen, dann wurde es ihnen entzogen (S. 44). Trotzdem war aber das ganze Parteihaus bewaffnet und die Anstrengungen der Parteifunktionäre waren gerade auf die Anschaffung von möglichst viel Waffen und Munition konzentriert (S. 35, 38, 44, 52 usw.). Die Partei erachtete sich auch dann noch als Staat im Staat; die im Parteihaus eingeschlossenen Funktionäre erhielten Soldatenuniformen (S. 48), außerdem versorgte man sie noch mit falschen Personalausweisen (S. 31).

Trotz des von der Regierung am 28. Oktober erklärten Waffenstillstandes organisierte das Parteihaus weiter die »Arbeitermiliz« (d. h. die bewaffneten Parteieinheiten) und wollte sogar in den Häuserblocks Kommissionen »für die Aufrechterhaltung der Ordnung« errichten lassen (S. 41). Die Partei-Sonderkommandanturen für die Errichtung der Arbeitermilizen wurden hauptsächlich gerade nach dem 28. Oktober aufgestellt (S. 63). Noch am 24. Oktober wurde beim ZK der Partei ein Militärkomitee gebildet (S. 53) und selbst im Budapester Parteihaus waren neben Soldaten, bewaffneten Parteileuten, Polizisten, ÁVH-Leuten mindestens vier Oberste, die die Autoren namentlich aufzählen (S. 140, 143). Die Autoren bezeichnen das in ganz Budapest verbreitete Gerücht, im Parteihaus seien unterirdische Gefängnisse, worin Aufständische festgehalten werden, als eine Provokation (S. 193 ff.), sie erwähnen aber nur nebenbei (S. 207), daß »diesem Gerücht wegen der Konzeptionsprozesse (nämlich gegen die Kommunisten nach 1948) Glauben geschenkt wurde.«

Die Verf. wollen immer wieder behaupten, die Führung bei den Aufständischen sei bis zum 30. Oktober schon völlig von den Rechtsextremisten übernommen worden (z. B. S. 99, 104, 118, 120 ff.). Ihr einziges Beweismaterial bilden aber die Gerichtsprotokolle gegen die Aufständischen, obwohl sie genau wissen, wie die Gerichtsverhandlungen stattfanden: Sondergerichte (»Volksgeschichtssenate«), Sonderverfahren, »beschleunigtes Verfahren« mit eigenen, zu diesem Zweck eingeführten Strafprozessnormen, Geheimprozesse ohne Verteidigungsmöglichkeit, (Vgl.: *Criminal justice in Hungary after the Revolt*. New York 1959). Der Rezensent sah selbst: Der Bevölkerung war es nicht gestattet, in die Nähe der Gerichtsgebäude zu gehen, diese wurden von Sowjetpanzern umgeben. Die Richter waren lauter stalinistische Kommunisten, die in eigener Sache zu urteilen hatten, was gegen die Elementarregeln der Gesetzlichkeit (von einer Rechtsstaatlichkeit nicht einmal zu sprechen) verstößt. Unter diesen Bedingungen kann man die erpressten Geständnisse keinesfalls als Beweismaterial — im rechtsstaatlichen Sinne — akzeptieren. Für die vielen falschen Behauptungen, z. B. über das Programm der Sozialdemokratie 1956 (S. 273) bzw. der Kleinlandwirtepartei (S. 276) ist die Behauptung charakteristisch: 1947 hätten mehr als 60% der Bevölkerung Ungarns für eine volksdemokratische Umgestaltung gestimmt (S. 97). Die Wahrheit ist, daß trotz Wahlrechtsbeschränkungen und dem größten Wahlbetrug in der ungarischen Geschichte 78% der Wähler gegen den Bolschewismus gestimmt hatten.

László Révész

Bern

Révai, András: *A túlsó partról* [Vom jenseitigen Ufer]. London: Szepsi Csombor Kör 1975. 210 S.

Das Buch enthält acht Artikel von András Révai aus dem Zeitraum von 1947 bis 1960. Sieben von ihnen sind früher in anderen Sprachen erschienen. Als Einführung ist ein Beitrag von Zoltán Szabó Révai András vorangestellt. Den Schluß bildet ein kurzer Lebenslauf des Verfs. von Lóránt Czigány. Czigány hat auch den Inhalt dieses Bandes ausgewählt und zusammengestellt. András Révai, sein ganzer Name lautet Révai Endre Zsigmond, wurde am 3. August 1903 in Budapest geboren. Der bedeutende Verlag »Gebrüder Révai« (in dem auch die Werke von Jokai und Mikszáth erschienen) wurde von Sámuel Révai, dem Sohn des Ezékiel Rosenberg, gegründet, und dieser überließ ihn seinen zwei Söhnen Mór János Révai und Ödön Révai, dem Vater unseres Verfs. András Révai studierte Volkswirtschaft in Leipzig und München. Seine Dissertation *Die ausländischen Wechselkurse in Frankreich seit 1914* ist 1925 in München erschienen. Er lebte abwechselnd in Ungarn und Deutschland und sah sich 1935 gezwungen, nach England zu emigrieren. 1938—41 ist er Korrespondent des Pester Lloyd. Am 21. Mai 1941 veröffentlicht er zusammen mit György Buday einen Brief in der *Times*, in der sie erklären, daß sie jede Gemeinschaft mit der ungarischen Regierung ablehnen und auch glauben, daß sich das ungarische Volk mit seiner gegenwärtigen Regierung nicht identifiziere. Danach versucht Révai die »demokratischen« Ungarn der ganzen Welt in einer »antifaschistischen Volksfront« zu vereinen. Seit Kriegsbeginn gab er zusammen mit Béla Iványi-Grünwald den *Hungarian News Survey* heraus und für die Ungarn in England den

Szabad Magyar Szemle. In den ungarischen Sendungen des BBC wirkte er als Kommentator unter dem Pseudonym »Candidus« mit. Nach dem Kriege unterstützte er als nichtoffizieller Berater des ungarischen Außenministeriums durch dokumentarische Arbeit die ungarische Kommission für die Vorbereitung des Friedensvertrages. 1946 und 1947 besuchte er Ungarn und informierte in der *Times* die englische Öffentlichkeit über die Probleme der »Dritten Ungarischen Republik«. Als die Vertreibung der ungarischen Minderheit aus der Slowakei begann, bat Außenminister Gyöngyösi in einem Fernschreiben um seine Hilfe. Révai schrieb sofort einen Artikel in der *Times* unter dem Titel »Die slowakisch-ungarische Grenze«. Er bildet das erste Kapitel der Révai-Schriften in diesem Buch. Als die »Dritte Republik« immer mehr der Salami-Taktik Rákosis zum Opfer fiel, beendete auch Révai seine offiziellen Kontakte zu Ungarn. In einem »Weißbuch« wird er als »ein mit horthystischen Diplomaten in Verbindung stehende, feindliche Figur« titulierte. Erst die Ungarische Revolution 1956 läßt ihn wieder aktiv werden. Im englischen Parlament finden Interpellationen im Interesse der ungarischen Sache statt, die Révai formuliert hat. Er beteiligt sich an der Redaktion des *Magyar Szó*. Nach 1960 schrieb er in ungarischer Sprache nur noch anlässlich des 60. Geburtstages von Gyula Illyés in *Új Látóhatár* einen kurzen Aufsatz. Am 4. Juni 1973 schied er freiwillig aus dem Leben. In seinem Artikel über die ungarisch-slowakische Grenze schrieb er, daß durch den Präsidentenerlaß vom 3. August 1945 alle tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher und ungarischer Nationalität mit einem Schlag ihre Staatsbürgerschaft verloren. Bis zum Ende des Jahres 1945 wurden 25.000 Ungarn vertrieben. Viele wurden in Internierungslager gesperrt, einige Tausend in die Zwangsarbeit verschleppt. Die Beschwerde Ungarns faßte der ungarische Außenminister auf der Pariser Friedenskonferenz am 14. August 1946 folgendermaßen zusammen: »Den 650.000 in der Slowakei lebenden Ungarn hat man nicht nur die Staatsbürgerschaft genommen, sondern auch die elementarsten Rechte. Ihr Besitz wurde eingezogen. Ein Ungar darf weder körperliche noch geistige Arbeit annehmen. Um Rechtsschutz kann er sich nirgendwohin wenden. Er darf nicht Gewerkschaftsmitglied sein. Seine Bürgerrechte kann er nicht ausüben. Der Gebrauch der ungarischen Sprache ist in den Ämtern — ja sogar in der Kirche und in der Öffentlichkeit — verboten und wird bestraft. In der Tschechoslowakei darf keine ungarisch-sprachige Zeitung oder Zeitschrift erscheinen. Man darf weder ungarisch telefonieren noch telegraphieren. Die Ungarn dürfen keine Radios besitzen. Alle ungarischen Schulen sind geschlossen worden und sogar der Privatunterricht in ungarischer Sprache ist eine strafbare Handlung. Die tschechoslowakischen Behörden haben alle Beamten und Angestellten ungarischer Abstammung entlassen und ihre Rentenzahlungen eingestellt. Kriegsversehrte, Kriegswitwen und Waisen bekommen keinerlei Hilfe.« Da die Mehrheit der Ungarn auch hierdurch nicht zu vertreiben war, schlug die tschechoslowakische Seite einen Bevölkerungsaustausch vor. Es sollten 105.000 Slowaken aus Ungarn in die Slowakei und dafür 200.000 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn gebracht werden. Der Rest der ungarischen Minderheit sollte dann »re-slowakisiert« werden. Die Tschechoslowaken argumentierten, daß durch das Potsdamer Abkommen Ungarn das »Recht« auf die Vertreibung von 400.000 Deutschen erhalten habe. Auf dem dadurch frei werdenden Grund und Boden sollten die Ungarn aus der Slowakei angesiedelt werden. Ungarn lehnte diese »Lösung« ab. Es hat als einziges der im Potsdamer Abkommen erwähnten Länder seine deutsche Minderheit nicht kollektiv vertrieben, sondern nur jene ausgesiedelt, die Angehörige der

deutschen bewaffneten Verbände waren, oder sich bei der letzten Volkszählung als Deutsche bekannt hatten. Da der Aufsatz aus dem Jahre 1947 stammt, ist die weitere Entwicklung nicht dargestellt. Anbetracht dieser Vorgänge berührt es eigenartig, wenn im Kapitel »Die ungarischen Wahlen und die zu erwartende Entwicklung« Révai behauptet, daß die Ratifikation des Friedensvertrages in Ungarn »mit Freude begrüßt« worden wäre. Er behauptet auch, daß die Stärke der KP nicht in der Anwesenheit der sowjetischen Truppen, sondern in ihrer Geschlossenheit, Dynamik und intellektuellen Führungsqualität gelegen hätte, die die der anderen Parteien weit überragte. Diese Behauptung dürfte zumindest einseitig sein, da er selbst schreibt, daß die Parteizulassungen letztlich von Sowjetmarschall Woroschilow entschieden wurden und z. B. die Unabhängigkeitspartei (Pfeiffer) »nur ein paar Wochen geduldet wurde« und aus »technischen Gründen« all ihre Mandate für ungültig erklärt wurden. Er bagatellisiert auch die kommunistischen Wahlfälschungen und den Entzug des Wahlrechts von 330.000 Staatsbürgern. Als kosmopolitisch-intellektualistische Naivität muß man auch die These ansehen, daß es den »Volksdemokratien« angeblich gelungen wäre, die »nationalistischen Streitereien« zu überwinden. Im Kapitel »Staat und Kirche in Ungarn« wird der Kulturkampf der Kommunisten gegen die katholische Kirche behandelt. Révai meint, daß die Kommunisten gerade Ungarn als exemplarisches Erprobungsgelände für ihre Kampfmethoden gegen die Kirche gewählt haben, da das Land konfessionell nicht so einheitlich ist wie z. B. Polen oder die Tschechoslowakei. Die ungarische Revolution von 1956 wertet Révai als eine der »klassischen« Revolutionen der Weltgeschichte und vergleicht sie mit der englischen von 1641 und der französischen von 1789. Jede zukünftige Revolution gegen den totalitär-imperialistischen Kommunismus wird sich auf die ungarische berufen müssen. In einem Artikel versucht er die Bilanz der »Dritten Republik« zu ziehen. Eine eigenartige Interpretation ist die Behauptung, die »Zweite Republik« Károlyis wäre wegen dessen »übertriebenen Nationalismus« gescheitert, da dieser, um keinen Präzedenzfall für die Zerstückelung des Landes zu schaffen, innerhalb der Belgrader Demarkationslinien keine Wahlen abhalten wollte. Das letzte Kapitel, das »die politische Philosophie István Bibós« behandelt, rekapituliert auch die Vorstellungen Révais. Es ist der Glaube an die Möglichkeit eines »dritten Weges« zwischen Kapitalismus und Kommunismus und die Vereinbarkeit von politischer Freiheit und wirtschaftlicher Gleichheit. Die geistigen Wurzeln reichen angeblich bis zu den Zentralisten der Reformzeit und zur März-Front 1946 zurück. Bibó zeigt in manchen Zügen eine Verwandtschaft mit dem Marxismus. Die Kapitel stellen gute, relativ kurze, journalistisch-informative Zusammenfassungen der jeweiligen Vorgänge dar. Leider fehlen Quellenangaben. Die thematischen Überschneidungen und Wiederholungen hätten vermieden werden sollen. Das Buch ist eine wichtige Emigrations-Dokumentation und ein interessanter Diskussionsbeitrag.

Franz Attila Sándor

Feldafing

Forradalomban, háborúban [In der Revolution und im Krieg]. Budapest: Kossuth Könyvkiadó; Zrínyi Katonai Kiadó 1974. 275 S., 12 Abb.

Dieser von Tibor Hetés zusammengestellte Band enthält 12 Lebenslauf-Skizzen kommunistischer Parteikämpfer von verschiedenen Ver-

fassern. Er soll die Fortsetzung der beim gleichen Verlag 1968 erschienenen Biographien-Sammlung »Revolutionäre und Soldaten« sein. Es handelt sich hier im Grunde um eine reine Propagandaschrift, in der die beschriebenen Personen vollkommen unkritisch als charakterlich-menschliche »Ritter ohne Fehl und Tadel« geschildert werden. Die Abhandlungen sind von einem gänzlich undifferenzierten kommunistischen Parteistandpunkt aus abgefaßt. Die Lebensläufe dieser typischen Berufsrevolutionäre gleichen sich in hohem Maße. Ihre sozialdemokratisch-sozialistisch-kommunistische Einstellung und Tätigkeit führte bei den meisten schon früh zu Kollisionen mit der Polizei und den Gerichten. Der Erste Weltkrieg brachte sie in der russischen Gefangenschaft wieder zusammen. Hier wurde auch die ungarische KP gegründet. Einige nahmen an den russischen Revolutionskämpfen teil. Ein zentrales Erlebnis für die meisten bildeten die Kämpfe der ungarischen Räterepublik. Der spanische Bürgerkrieg und der Aufenthalt in der Sowjetunion waren die nächsten Stationen. Für einige war es die letzte Station, denn auch hier fraß die Revolution ihre Kinder. Im Zuge der »Säuberungen« wurden Ernő Seidler, Elek Köblös und István Vági liquidiert. Im Zweiten Weltkrieg starb als sowjetischer Pilot Miklós Fehérváry. Ferenc Kis fiel als Befehlshaber der Partisanenbrigade »Petöfi Sándor«, die Teil der »Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee« war. Wilhelm Pauk endete in Auschwitz. Miklos Steinmetz wurde vor Budapest als Parlamentär erschossen. Von denen, die Ungarns »Befreiung« erlebten und nun ihre »Träume« verwirklichen wollten, wie z. B. Ferenc Münnich und Kálmán Pogány, fielen einige dem »Personenkult« und den »konzipierten Prozessen« zum Opfer, wie László Rajk und Kálmán Révay. Die Rolle Kádárs im Rajk-Prozeß wird mit keinem Wort erwähnt, aber es wird zugegeben, daß Rajk wahrscheinlich »Zusicherungen« der Partei bekam, die dann nicht eingehalten wurden. Imre Mező wurde 1956 beim Sturm auf das Budapester Parteihaus von Freiheitskämpfern erschossen. Es ist schwer zu sagen, was an diesen Darstellungen Dichtung und was Wahrheit ist. Da Belege und Quellenangaben fast überall fehlen, ist der dokumentarisch-wissenschaftliche Wert dieser Schrift sehr gering.

Franz Attila Sándor

Feldafing

Magyarország megyéi es városai [Die Komitate und Städte von Ungarn]. Szerk. Kulcsár Victor, Lackó László. Budapest: Kossuth Kiadó 1975. 657 S.

Das Buch wurde zum dreißigsten Jubiläum der »Befreiung« Ungarns herausgegeben. Das Vorwort, verfaßt von Károly Németh, dem Sekretär des ZKs der USAP, stellt eine politische Analyse dar. Dagegen gab Viktor Kulcsár eine sachliche wirtschaftlich-soziale Darstellung über die Entwicklung Ungarns in den letzten drei Jahrzehnten — das eigentliche Ziel des vorliegenden Bandes.

Danach folgt die Beschreibung Budapests und der einzelnen Komitate in alphabetischer Reihenfolge (verfaßt von mehreren Autoren). Es ist auffallend, daß Budapest nur den gleichen Umfang erhielt wie ein größeres Komitat. Folgendes Schema wurde verwendet: Naturgegebenheiten, demographische Lage, wirtschaftliche Struktur, Lebensbedingungen, Siedlungsnetz und ein Ausblick über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Verwaltungs-

einheit (regionaler Entwicklungsplan). Danach folgt die Beschreibung der Städte des jeweiligen Komitats. Die Darstellungen wurden häufig durch statistische Tabellen veranschaulicht. Die Daten zeigen die Entwicklung zwischen 1949 und 1973, gelegentlich auch aus dem Jahr 1974.

Nach dem Kapitel über die Komitate sind die wichtigsten Ereignisse ab der »Befreiung« in chronologischer Reihenfolge angegeben (z. B. die Inbetriebnahme einer größeren Industrieanlage). Am Ende sind noch einige statistische Tabellen über das ganze Land beigefügt und nach den Komitaten aufgeschlüsselt, wodurch ein übersichtlicher Vergleich ermöglicht wird. Die Daten zeigen die Entwicklung zwischen 1960—73 bzw. 1965—73.

Die Leser, die über keine fundierten Kenntnisse in der Landeskunde Ungarns verfügen, werden ein Städteregister vermissen, das ihnen die Benutzung des Buches erleichtern würde. Es fehlt auch eine Landkarte, die bei der geographischen Einordnung der Komitate und Städte helfen würde. — Das Werk gibt ein umfassendes Bild über das heutige Ungarn, auch für diejenigen, die sich mit Ungarn eingehender befassen wollen. Es sollte zwar mit kritischen Augen gelesen werden, kann aber trotzdem als eine brauchbare Quelle betrachtet werden.

Elemér Balogh

München

Területfejlesztés a szocialista országokban]Gebietsentwicklung in den sozialistischen Ländern]. Szerk. Viktor Kulcsár. Budapest: Közgazdasági és jogi Könyvkiadó 1975. 439 S.

Die Diskussionen in den sozialistischen Staaten über Sinn und Bedeutung der Raumplanung haben lange Jahre hindurch gezeigt, wie schwierig es war, die regionale Untersuchung als gesondertes Element in die allgemeine volkswirtschaftlich-gesellschaftliche Planung einzuführen. Die vorliegende Veröffentlichung läßt erkennen, daß in den 60er, insbesondere aber ab Anfang der 70er Jahre, dieser neuen komplexen Disziplin doch ein gewisser Vorstoß geglückt ist. Dabei fällt es ebenfalls auf, daß gegenüber der früher stets sehr eindeutig betonten sinngemäßen räumlichen Verteilung der Produktivkräfte heute eine ganze Reihe anderer Faktoren aufgegliedert werden. Man erfährt auch, daß jener alten Forderung der sowjetrussischen Raumplaner, das Wachstum der Großstädte zu beschränken, immer noch durch die konkrete Entwicklung widersprochen wird. Die Veröffentlichung zeigt auch den Trend einer anderen Entwicklung im Rahmen der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten auf: daß bei aller Notwendigkeit gemeinsamer Grundsätze die realen Unterschiede zwischen den Ländern das Beschreiten eigener Wege verlangen. Als besondere Schwierigkeit hebt der Redakteur zwei Tatsachen hervor: Die geringen Informationen über Albanien und die asiatischen sozialistischen Staaten, die deshalb auch nur ganz global behandelt werden, und die Kriterien für die Übersetzung, die schon mit den Bezeichnungen für die Verwaltungseinheiten beginnt, und auch im Gewirr der Schreibung von Gebiets- und Ortsnamen auftritt (z. B. Geiser- statt Geiseltal in Mitteldeutschland, S. 70).

Nach einer Einleitung des Ungarn Pál Romány, die noch stark die allgemeine traditionelle Linie »Regionalentwicklung ist gleich Wirtschaftsentwicklung« unterstreicht, enthält der erste Teil drei grundsätzlich — theoretische Beiträge bzw. allgemeine Überblicke, und zwar des sowjetrussischen

Akademikers N. N. Nekrasov sowie der Ungarn Attila Korompai und Viktor Kulcsár. Letzterer weist insbesondere auf die bisher noch kaum oder nur sehr zum Teil geglückten Versuche in den sozialistischen Staaten hin, die Verwaltungseinheiten in Einheiten wirtschaftlicher Planung umzugestalten — was auch in den nationalen Beiträgen des zweiten Teils häufig deutlich zum Ausdruck kommt. Für Ungarn wird die konkrete Lösung wie folgt beschrieben: »In Ungarn bildete man die Wirtschaftsbezirke im Interesse der Raumplanung durch Zusammenfassung mehrerer Komitate. Das sind keine selbständigen Verwaltungseinheiten, sondern nur Gebietseinheiten auf Makroebene für Planung und zentrale Lenkung« (S. 72). Für Jugoslawien weist Kulcsár auf die Rolle der Selbstverwaltung hin; in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Bulgarien auf die Bestrebungen, das Wachstum der Hauptstadt zu beschränken; in China auf die Ruralisierung der Städte. Bei allen Tendenzen siedlungsmäßiger Konzentration der Dorfbevölkerung in Polen, Ungarn und Rumänien ist doch die Vorstellung vom Typus des zukünftigen Dorfes noch keineswegs klar. In Ungarn liegt die Initiative der räumlichen Entwicklung beim Komitat, dessen Räte in der selbständigen mittelfristigen Planung eine wachsende Rolle spielen, so z. B. auch Gebietsprojektionen ausarbeiten, die allerdings auch für größere Räume (»tervezési gazdasági körzetek«) erstellt wurden. Die Hauptrichtlinien des Planes werden von Regierung und Partei festgelegt, dann setzt eine zweigeteilte Arbeit ein: 1) nach Zweigen und Funktionen, 2) vom Raum aus (területfejlesztés) unter Leitung des Landesplanungsamtes (Országos Tervhivatal), die zum Volkswirtschaftsplan zusammengefaßt vom Ministerrat und Parlament verabschiedet wird. Mitarbeiter bei der Planaufstellung sind ferner das Ministerium für Bauwesen und Städteentwicklung sowie einzelne Zweige der Volkswirtschaft. Für die Entwicklung zurückgebliebener Gebiete besteht ein »Zentraler Gebietsentwicklungsfonds«, der nicht nur für rein produktive Zwecke eingesetzt wird.

Im zweiten Teil der Veröffentlichung wird über einige wichtige Ergebnisse der Gebietsforschung berichtet: N. Bradisztilov über Bulgarien, Jan Haliena über die Tschechoslowakei, Koszta Michailovics über Jugoslawien, Carlos de la Torre Maicas über Kuba, Mirislawowa Opalio über Polen, István Bartke über Ungarn, Werner Ostwald über die DDR, Camelia Cămăsoiu über Rumänien, V. A. Anuccsin über die Sowjetunion. Häufig erfolgen Hinweise auf die Raum- und Regionalforschung im Wesen. Der Ungar Bartke von der Hauptabteilung für Gebietsregulierung und Gebietsentwicklung des Ministeriums für Bauwesen und Städteentwicklung untersucht die Effizienz des Gebietes auf die Produktivkräfte, d. h. er sucht nach Modellen, die dem Wohlstandsausgleich zwischen einzelnen Räumen dienen können, eine Aufgabe, die für viele sozialistische Staaten gilt.

Helmut Klocke

Pöcking

Timár, Máttyás: *Gazdaságpolitika Magyarországon 1967—1973* [Wirtschaftspolitik in Ungarn 1967—1973] 2. Aufl. Budapest: Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó 1975. 359 S.

In dieser binnen kurzem nun in der 2. Aufl. vorliegenden Darstellung der Wirtschaftspolitik in Ungarn liegt der Akzent auf den Ergebnissen, und das

heißt im wesentlichen auf den Erfolgen der seit dem 1. 1. 1968 laufenden Wirtschaftsreform. Die Ereignisse werden bis Ende 1973 geschildert und analysiert. Dabei wird nun von den materiellen Grundvoraussetzungen einer Wirtschaftspolitik in Ungarn ausgegangen, von der Vorkriegsentwicklung, der zu geringen Rücksichtnahme auf spezifische ungarische Gegebenheiten, den sinnlosen Autarkiebestrebungen, dem Übergewicht der Bürokratie, den hohen Rüstungsausgaben und dem lange Jahre stagnierenden und rückgängigen Lebensstandard. Seit den Reformmaßnahmen nach 1956 wird die Entwicklung positiv eingeschätzt.

Die grundsätzlich veränderte wirtschaftliche Lage Ungarns gegenüber 1938 wird insbesondere durch die Aussage skizziert, daß der Außenhandel 1938 nur 18 % (Ein- und Ausfuhr) der Nationaleinkommens, 1970 jedoch 66 % ausmachte. Ungarn hat demnach eine in hohem Maße offene Wirtschaft. Nach seinem Nationaleinkommen pro Kopf ordnet der Verf. Ungarn im Rahmen des RGW heute nach der DDR, der ČSSR und der UdSSR ein (1969 lag es in der BRD um 98 %, in Österreich um 57 %, in Italien um 6 % höher). Als mit dem dritten 5-Jahresplan (seit 1960) die vorbereitenden Arbeiten zur Reform der Wirtschaftslenkung einsetzten, leisteten vor allem die Praktiker erhebliche wissenschaftliche Arbeit. Die Verwirklichung der Reformgedanken war freilich nicht ohne eine Reihe von Kompromissen möglich. Im dritten 5-Jahresplan war das Nationaleinkommen statt um 36 % nur um 25 % gestiegen, die Umstrukturierung der Landwirtschaft hatte mehr Probleme aufgeworfen als man erwartet hatte, die Effizienz der Wirtschaftsfaktoren war niedrig, das Außenhandelsgleichgewicht schwankend, die Subventionen im Außenhandel waren hoch, viele wichtige Wirtschaftszweige arbeiteten wegen überalterter Produktionsmittel unwirtschaftlich. Durch die viel zu langsame Durchführung der Investitionen wurden Mittel vergeudet.

Um den Ausgangspunkt der ungarischen Reformen der Wirtschaftslenkung klar umreißen zu können, werden die verschiedenen Reformbestrebungen in den sozialistischen Ländern seit 1957 angeführt, insbesondere die wichtige Produktionsmittelfondsabgabe von 1964, die Anhebung der Selbständigkeit der Lenkungsorgane mittleren Grades, die Versuche zur Preisreform. Außerordentlich detailliert werden nicht nur die Maßnahmen, sondern auch die z. T. recht stark divergierenden fachlichen Erwägungen der Theoretiker und Praktiker zu den Bestrebungen der wirtschaftlichen Reform dargestellt; dies ruft noch einmal alle Diskussionen jener Jahre in der ungarischen Wirtschafts- und wirtschaftswissenschaftlichen Presse in Erinnerung und geht zweifellos über das hinaus, was man in einzelnen westlichen Darstellungen über die ungarische Wirtschaftsreform findet. Es liegt dem Verf. auch fern, Schwierigkeiten zu verschweigen. Welche allgemeinen Zielsetzungen durch die Reform erreicht wurden: ein schnelleres Wachstumstempo, ein wirtschaftliches Gleichgewicht, eine stufenweise Umstrukturierung ohne Erschütterungen, ein Ansteigen des Lohnniveaus, wird an Hand von Tendenzen und Zahlen belegt. Schwierigkeiten treten zunächst in der Form auf, daß die Industrieproduktion zeitweise sinkt, weil unerwünschte Produktionssparten ausgeschaltet werden; daß der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen 1971 mit 28 % (1972 26 %) unerwünscht anstieg, weil der Initiative der Betriebe mehr Spielraum gewährt worden war; daß die Entwicklung des tertiären Sektors ungenügend blieb; daß hochwertige Arbeitskräfte nicht entsprechend ausgenützt werden konnten und eine zu starke Fluktuation einsetzte; daß manche Einkommen zu stark stiegen; daß die Preise noch keine echt steuernde Funktion einnahmen. Ferner wird auch auf die Schwierigkeiten

hingewiesen, die sich durch westliche Inflation und durch die Erhöhung der Weltrohstoffpreise ergaben.

Der zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit den Zielen der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung; dabei wird insbesondere eine selektive Industrieentwicklungspolitik befürwortet und im übrigen ihre Zielsetzung konkret und detailliert aufgezeigt, und zwar unter den Bedingungen eines kleinen Landes, das sich an die Weltwirtschaft anpassen muß. In diesem Zusammenhang wird einige Hoffnung auf Kooperation gesetzt. Die Ziele der Einkommens-, Familien- und Sozialpolitik werden dargelegt bei konkreter Kritik an der gegenwärtigen Lage, die ein zu starkes Ansteigen der Einkommen der Hilfsarbeiter und häufig noch eine zu starke Nivellierung der Einkommen der höheren Angestellten zeigt, jedoch auch — nach Auffassung des Verfs. — unberechtigt hohe Einkommen von wichtigen Fachleuten und wissenschaftlichen Arbeitern. Immer noch breit ist mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen die Schicht der Bezieher niedrigster Einkommen, und zwar betrug sie 1970 1,5 Millionen — 1965 allerdings noch 4 Millionen. Über die individuelle Einkommensverteilung und ihren Wandel in den letzten Jahren bietet die Arbeit reichliche und umsichtig wertende Aussagen. — Ingesamt gesehen möchte man dem Buch eine Übersetzung in eine verbreitete westliche Sprache wünschen.

Helmut Klocke

Pöcking

Koloszváry, István: *Die Rechtsstellung des Ausländers in Ungarn*. Baden-Baden: Nomos 1974. 119 S. = Schriftenreihe zur Rechtsstellung des Ausländers in den sozialistischen Staaten 1.

Der Verf. bezeichnet die Gesamtheit jener Normen, die die Rechtsstellung des Ausländers betreffen, als »Fremdenrecht«. Entsprechend dieser weitgefaßten Definition werden in abrißartiger Knappheit unter starker Systematisierung vor allem Staatsangehörigkeitsrecht, Diplomatenstellung und die »privatrechtliche Stellung des Ausländers« (Inhaltsverzeichnis Ziff. 5) behandelt. Der Schwerpunkt liegt auf dem letzteren Komplex, in den nicht nur das Zivilrecht im eigentlichen Sinne (Rechts- und Geschäftsfähigkeit, Wohnsitz, Eigentum, Schuldrecht, Familien-, Ehe- und Erbrecht), sondern auch die Behandlung ausländischer Grade, Titel, Zeugnisse, Orden, das Urheber- und Wettbewerbsrecht, Enteignungsrecht, Devisenrecht, Zivilprozeßrecht einbezogen sind. Hierbei gehört vieles zum Internationalen Privatrecht oder zum ungarischen, für Ungarn geltenden Recht. Überhaupt nichts findet sich zu dem Komplex, der in der Bundesrepublik Deutschland das eigentliche »Ausländerrecht« darstellt, nämlich zu den Fragen, unter welchen Voraussetzungen Ausländer einreisen und sich im Inland aufhalten dürfen. Auf S. 55 ist zwar von einer Aufenthaltserlaubnis und einer Niederlassungsgenehmigung als Voraussetzungen für ein Wohnrecht in Ungarn die Rede, jedoch ergibt sich nichts darüber, worum es sich dabei eigentlich handelt, unter welchen Umständen, durch wen und auf welcher gesetzlichen Grundlage eine solche Erlaubnis erlangt werden kann. Man muß annehmen, daß es eine gesetzliche Regelung nicht gibt und die Behörden nach Belieben verfahren. In keiner Weise scheinen auch gerichtliche Möglichkeiten zu bestehen, um Aufenthaltserlaubnisse zu erstreiten oder Ausweisungen anzufechten. Das Asylrecht ist auf S. 45 unter Bezugnahme auf § 58/II der Ungarischen Verfassung zwar

erwähnt, aber auch hier gibt es offenbar keine Möglichkeit, etwa die Ver-sagung des Asyls gerichtlich durchzusetzen. Asyl erhält der Ausländer, der in seiner Heimat wegen seiner demokratischen Gesinnung verfolgt wird. Hier wäre von Interesse gewesen, wie das in der Praxis gehandhabt wird, wenn etwa der Asylsuchende aus einem westlichen Land oder aus einem sozialistischen Staat kommt, insbesondere ob es eine solche Praxis gibt. Insgesamt hinterläßt das Buch entschieden den Eindruck, daß es in Ungarn ein gesetzlich eingehend geregeltes Ausländerrecht in unserem Sinne gar nicht gibt.

Viktor Glötzner

München

Gregor, Ferenc: *Der slowakische Dialekt von Pilisszántó*. Budapest: Akadémiai Kiadó 1975. 296 S.

Pilisszántó ist eine kleine Gemeinde südlich von Gran (Esztergom), bewohnt fast nur von Slowaken (1960: 1780 Einwohner), deren Sprache aber hauptsächlich unter den Einflüssen der nahegelegenen ungarischen Hauptstadt immer mehr zu verschwinden droht. Dieser Entwicklungstrend sowie der eigenartige Charakter der Sprache dieser Menschen erweckten das Interesse des Verfs., der seine einschlägigen Untersuchungen bereits 1950 begonnen hatte. Die Untersuchungen zeigen, daß die Sprache der Gemeinde ein hervorragendes Beispiel für die sprachlich-mundartliche Assimilation bietet. Zwar gehört sie zum westslowakischen Dialekt, hat aber verschiedene Elemente in sich integriert, wodurch eine in der slowakischen Sprachgemeinschaft einmalige mundartliche Einheit zustande gekommen ist. Das Besondere besteht darin, daß »in ihr fast konsequent das mittelslowakische Rhythmusgesetz zur Geltung kommt..., ohne daß gleichzeitig eine andere mittelslowakische phonetische oder morphologische Eigenart im Dialekt organisch Wurzel gefaßt hätte«. Nur einige solche Erscheinungen lassen erkennen, daß ein Teil der Einwohner aus dem mittelslowakischen Sprachgebiet stammen mußte. Mit Hilfe von Fragebogen, wobei phraseologische, wortgeographische und ethnographische Gesichtspunkte beachtet wurden, analysiert der Verf. eingehend die Sprache des Dorfes vom Standpunkt der Phonetik, Wortbildung und Morphologie aus. Er gibt ein zusammenfassendes Bild vom heutigen Stand der behandelten Mundart und bestimmt durch Vergleiche näher die Herkunftsgebiete der Einwohner. Dem Einfluß der ungarischen Sprache auf den Dialekt wird ein eigenes Kapitel gewidmet. Ein Wörterverzeichnis und Mustertexte beschließen die mit Sorgfalt und Liebe erstellte Monographie.

Adalbert Toth

München

SONSTIGES

Adriányi, Gábor: *Az egyháztörténet kézikönyve* [Handbuch der Kirchengeschichte]. München: Aurora könyvek 1975. 286 S. = Dissertationes hungaricae ex historia ecclesiae 4.